

Frankreich nach der Septemberkrise

Autor(en): **Tolédano, A.-D.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **18 (1938-1939)**

Heft 7

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-158534>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Friedliche Arbeit! Für das neue Deutschland gibt es keinen Frieden ohne intensive Arbeit. Vielleicht ist das überhaupt die Lebensthese des veränderten Europas von heute und morgen. Deutschland hat durch den Anschluß von über 100 000 qkm deutschen Gebietes mit seinen 10 Millionen deutschen Menschen in diesem Jahre 1938 eine solche Fülle von neuer Arbeit erhalten, daß das Führerwort „Niemand braucht den Frieden mehr als wir“ jedem Deutschen voll berechtigt erscheint. Und was uns insbesondere an der Arbeit für Südosteuroopa so lockt und so freut, ist die unbestreitbare Tatsache, daß sie nicht nur auf traditionellen, sondern auch auf natürlichen Grundlagen und Wünschen aufgebaut wird, daß sie nicht nur Deutschland nützen soll, sondern noch mehr den beteiligten Staaten selbst, und daß sie dadurch Deutschland die Genugtuung geben wird, durch die Tat und mit der ihm eigenen Energie am europäischen Gesamtaufbau mitzuwirken.

Frankreich nach der Septemberkrise.

Von A.-D. Tolédano, Paris.

Die Krise, durch die Europa Ende September hindurchgegangen ist, hat für Frankreich eine der schwersten Stunden seiner Geschichte bedeutet. Alle meine Landsleute empfinden das mit mehr oder weniger deutlicher Schärfe; alle fühlen, daß irgend etwas in Europa sich verändert hat, daß der am 30. September in München mühsam gerettete Frieden eine unsichere Gewähr leistet und daß man schweren Zeiten entgegengeht. Die Ordnung des Versailler Vertrages ist ausgelöscht; welche Ordnung wird in Zukunft herrschen? Man weiß es noch nicht; vielleicht ... die pax germanica... Das Morgen ist ungewiß.

* * *

Die Ereignisse von gestern scheinen schon weit zurückzuliegen. Seit dem Anschluß herrschte hier eine allgemeine Besorgnis über die nächste Zukunft. Die gesteigerte Macht Deutschlands und insbesondere die Tatsache, daß seine von Erfolg gekrönte Kühnheit seine Ansprüche nur weiter zu höheren Zielen reizen konnte, rechtfertigte alle Befürchtungen. In welcher Richtung wird Hitler seinen nächsten Schlag tun? Nach Danzig? nach Prag? Nach Danzig wohl nicht, denn die Herzlichkeit der polnisch-deutschen Beziehungen erlaubte das nicht. Danzig war übrigens genügend nazifiziert, daß sich seinetwegen ein Zank im Osten nicht lohnte. Prag hingegen bildete das vorgeschobene Bollwerk des französischen Einflusses in Mitteleuropa; die tschechoslowakische Armee war von französischen Offizieren ausgebildet worden; die Republik bildete unter der Präsidentschaft des Herrn Benesch

das Verbindungsglied mit der Sowjetunion, in welcher Paris einen allfälligen Verbündeten im Falle eines Krieges mit Deutschland sah.

Frankreich vermutete darum, daß die von drei Seiten durch das Reich eingeschlossene Tschechoslowakei das Ziel sein werde, gegen das bei einer nächsten Gelegenheit der Führer vorgehen würde. Man versichert, daß unsere Regierung es in Prag nicht an guten Ratschlägen und Ermahnungen zur Vorsicht fehlen ließ und die Tschechen zu einer Regelung der Streitigkeiten mit den Sudetendeutschen drängte — gewissermaßen das Feuer einzudämmen suchte.

Als sich anfangs September die Sachlage von Tag zu Tag drohender gestaltete, wurde die Reaktion der französischen öffentlichen Meinung auf die Ansprüche des östlichen, in seiner Macht gesteigerten Nachbarn augenfällig. Und nun konnte man einen eigentümlichen Umschwung der allgemein eingenommenen Stellungen beobachten.

Im Gegensatz zu der von ihnen bisher geübten Auffassung zeigten die linksorientierten Organe mit wenigen Ausnahmen in ihrer Haltung die größte Unnachgiebigkeit gegen Deutschland, währenddem die Mehrzahl der Zeitungen der Rechten in ihren Äußerungen gemäßigter waren. Überlegungen ideologischer Art spielten hier, fürchte ich, mit. Den Anhängern der Linken, namentlich der äußersten Linken, schwebte der Gedanke eines „antifascistischen Kreuzzuges“ vor, und die Befehrung zur „starken Methode“ war keineswegs bloß von der Sorge um die Landesverteidigung diktiert, sondern auch von dem Interesse an der Aufrechterhaltung der demokratischen Grundsätze und Freiheiten, für deren Verteidigung man stark auf die Hilfe . . . des sowjetistischen Rußland rechnete. Diese Organe drängten die Regierung zu energischen Taten und hielten mit ihrer Kritik an den „Schwächen“ des Kabinetts Chamberlain nicht zurück. Rechts dagegen war man der Ansicht, daß ein enger Anschluß an England für Frankreich das Beste sei. Es war klar, daß die Abmachungen mit den Sowjets, die im Falle eines Konfliktes sie zu unseren Verbündeten gemacht hätten, die gemäßigten Kreise beträchtlich beunruhigen mußten. Manche gingen sogar so weit, in dem Handel zwischen den Deutschen und den Tschechen, der Frankreich ja nicht direkt angehe, völlige Zurückhaltung zu empfehlen. Von Seiten der Linken antwortete man darauf, wenn man Deutschland heute freie Hand ließe, so werde morgen sein Ehrgeiz und sein Hochmut keine Grenzen mehr kennen. Und man erinnerte an das Beispiel von Königgrätz.

Über die Haltung Englands war man sich weder auf der Linken noch auf der Rechten klar. In welchem Maße war es bereit, fest und entschieden mit Hitler zu sprechen und sich im Falle eines Konfliktes zu verpflichten? Nicht sowohl die militärische Hilfe dieses Landes kam dabei in Betracht; aber da war ja die englische Marine, da waren die englischen Luftstreitkräfte, da waren die ganzen Reichtümer des Empire. Die Ungeduldigen bei uns verstanden nicht, daß es kein England mehr gibt,

sondern bloß noch eine Gemeinschaft britischer Nationen, und daß London hinfort keine Entscheidung ohne die volle Zustimmung von Ottawa, dem Cap, Canberra und Wellington treffen wird; daß die allmächtige öffentliche Meinung Englands sich langsamer als die des Kontinents in Bewegung setzt; daß endlich die Regierung Seiner Majestät die Methoden der Verständigung bis zu Ende anwenden wollte, weil sie sich vor allem bemühte, den Frieden aufrecht zu erhalten, und weil sie für alle ihre Handlungen vor der öffentlichen Meinung verantwortlich ist. Mit Befriedigung nahm man hier jedoch Kenntnis von dem Beschluß, den Herr Chamberlain gefaßt hatte, eine Warnung an Hitler ergehen zu lassen. Es wurde daran erinnert, daß, wenn 1914 das Londoner Kabinett in Berlin deutlich seine Absicht zu erkennen gegeben hätte, im Falle einer Verletzung der belgischen Neutralität mit allen seinen Kräften in den Konflikt einzugreifen, Deutschland sich zweifellos besonnen hätte, ehe es sich in dieses Abenteuer einließ.

Die Rechte im besondern beobachtete aufmerksam die Stellungnahme Italiens. Man konnte nicht umhin, hervorzuheben, daß ein vergrößertes oder zum mindesten durch fortwährende Befriedigung all seiner Wünsche übermütig gewordenes Deutschland ein außerordentlich gefährlicher Nachbar würde. Man erkannte anderseits, daß im Kriegsfalle ein wirksames Bündnis zwischen Rom und Berlin die italienische Flotte im Mittelmeer der unsrigen und der Englands gegenüberstellen würde, und daß Mussolini viel zu weitblickend und umsichtig war, um sich einer solchen Gefahr auszusetzen. Endlich betonte man die Tatsache, daß Italien in gewissem Sinne in dieser Situation die Rolle eines Schiedsrichters spiele; wie es ausdrücklich bestätigte, wollte es sich Deutschland nur im Fall eines gegen den Faschismus gerichteten ideologischen Kreuzzuges anschließen; jedenfalls würde es in Berlin zur Mäßigung raten, und Berlin mußte darauf hören, da die Unterstützung von Rom nur bedingungsweise geliehen wurde.

Ein anderes Land teilte mit Italien das fragwürdige Privileg eines Schiedsrichters: Polen. Sicherlich hatte Polen keine Sympathie für die Tschechoslowakei, seine Rassenchwester, weniger noch für das Rußland der Sowjets, die andere Rassenchwester; aber die Möglichkeit eines Gewaltstreiks des Reiches in die Subetengegend und einer Machtvergrößerung des gefährlichen westlichen Nachbarn riefen bei der jungen Republik große Bedenken hervor. Man hatte sich hier also nicht darüber verwundert, daß ein mit Frankreich durch Bündnis und Jahrhunderte alte Freundschaft verbundenes Land darauf hielt, seine Haltung unter diesen Umständen der von Paris und London anzupassen.

Während des ganzen Monats September waren die Nerven der Franzosen schweren Spannungen ausgesetzt. Hitler wandte mit raffinierter Kunst das System der „schottischen Duschchen“ an; einen Tag erschien er unerbittlich und zum Kriege bereit; tags darauf zeigte er sich in überraschender Wendung fast als Vorkämpfer des Friedens. Er wußte, daß

meine Landsleute beeindruckbar sind; vielleicht hoffte er, auf diese Weise ihre kühle Besonnenheit langsam zu ermüden und von ihnen jeden Verzicht zu erlangen. Wenn der Diktator Deutschlands diese Rechnung anstellte, so täuschte er sich; denn die Ruhe Frankreichs in dieser Zeit der Prüfung war auffallend. Ich kann bestätigen, daß am Samstag den 24. September, als an allen Gemeindegäußern jenes Einberufungsdekret für die Reservisten der „Kategorien 2 und 3“ angeschlagen wurde, jedermann eine eindrucksvolle Ruhe bewahrte; freilich, die Gesichter der Pariser waren ernst. Keine laute Äußerung, keine unangebrachte Kundgebung war zu vernehmen; man erlebte wiederum die letzten Julitage 1914. Die „Union sacrée“ aller Franzosen vollzog sich in Stille. Die streikenden Bauarbeiter nahmen ihre Arbeit wieder auf. Frankreich zeigte sein wahres Gesicht. Hatte nicht Herr Daladier nach dem Godesberger Mißerfolg den Vertretern der radikal-sozialistischen Gruppe erklärt, im Falle eines ungerechtfertigten Angriffs auf die Tschechoslowakei würde Frankreich unverzüglich die nötigen Maßnahmen treffen, um ihr beizustehen? Diese Wiederaufrichtung der französischen Politik wurde allgemein mit einer Art Erleichterung begrüßt.

Bis ans Ende jedoch hoffte man gegen alle Hoffnung. Man weigerte sich, an diesen Schrecken, den Krieg, zu glauben. Aber er schlich umher, der Schrecken, drang ein, ließ sein wahres Gesicht schon ahnen: Paris war des Nachts in Halbdunkel gehüllt; Sand wurde zum Schutze gegen die Bomben an die Hausmeister der Mietgebäude verteilt; die Autobusse und die Kraftwagen waren teilweise requiriert; und die Reservisten wurden an die Ostgrenze abtransportiert. . .

* * *

Und nun kam München. Eine unbeschreibliche Freude durchwogte Paris, Frankreich und die ganze Welt. Hitler hatte Roosevelts eindringlichen Vorstellungen, hatte Mussolinis Telephonanruf nicht widerstehen können. Wenn auch der Stern des Duce neben dem des Führers scheinbar zu erbleichen begonnen hatte, so riß im letzten Augenblick der Herrscher über Italien doch die Zügel an sich und warf sein Gewicht in die Waagschale des Friedens; so verwirklichte er seinen berühmten Plan eines Viererpaktes.

Die allgemeine Begeisterung, die Daladier bei seiner Rückkehr von München empfing, darf niemanden erstaunen. Der Friede war gerettet; man sah nichts anderes, man dachte an nichts anderes. Chamberlain erklärte bei seiner Ankunft aus Deutschland mit den bekannten Worten des Lord Beaconsfield, die dieser nach dem Berliner Kongreß des Jahres 1878 den Engländern heimkehrend zugerufen hatte: „Ich bringe Frieden und Ehre wieder zurück.“ Ja, Ehre und Frieden waren gleicherweise gerettet. Und am 4. Oktober wurde Daladier in der Deputiertenkammer von allen seinen Kollegen, außer den Kommunisten, mit Beifallsbezeugungen empfangen; eine erdrückende Stimmenmehrheit von 535 gegen 75 Stimmen, von

den letztern 72 den Kommunisten gehörend, folgte dem Beispiel des ganzen Landes und sagte dem Oberhaupt der Regierung die Dankbarkeit des Parlaments.

Aber die Freude war von kurzer Dauer. Hitler zögerte nicht, Frankreich und England aus ihrer Beruhigung zur Erkenntnis des bitteren Tatbestandes zurückzurufen. In Saarbrücken verkündete er laut seinen Entschluß, die erhaltenen Vorteile weitgehendst auszunützen und Deutschlands Aufrüstung weiter zu betreiben. Die Haltung der Delegierten des Reichs an der Botschafterkonferenz in Berlin, die die Bestimmung der neuen deutsch-tschechischen Grenzen zu treffen hatte, tat ihr übriges, um die nach München geborenen Hoffnungen eines Wiederaufbaues des europäischen Friedens auf festeren Grundlagen wiederum zu zerstreuen. Berlin setzte die Abdankung des Herrn Beneš durch und beseitigte auf diese Weise das unbequemste Hindernis, das seinem Plane, politisch und wirtschaftlich die Hand auf die Überreste der unseligen Tschechoslowakei zu legen, entgegenstanden hatte. Und unverzüglich setzte der „Drang nach Osten“ wieder — und mächtiger — ein, gegen den Prag das stärkste Bollwerk gebildet hatte; nun aber war dieses Bollwerk gefallen. Der deutsche Handelsminister Funk legte in Belgrad und Sofia die Grundlagen einer fruchtbaren Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiete fest. Der Türkei wurde eine deutsche Anleihe gewährt. In Frankreich wie in England begann man die Augen zu öffnen und immer deutlicher zu verstehen, daß Deutschland im Jahre 1938 ohne zu kämpfen den Krieg von 1914 gewonnen hatte. Man sah von Paris und von London aus das Gespenst des germanischen Mitteleuropa sein Haupt erheben und seine Fühler über ganz Zentraleuropa, über die Balkanstaaten, über Kleinasien und bis auf die nach Indien führenden Wege ausstrecken. Man sagte sich, daß die deutschen Ansprüche auch da noch nicht stehen bleiben würden, daß sie sich eines Tages auf alle Länder germanischer Sprache, auf Holland, auf das flämische Belgien, auf die skandinavischen Länder, auf die allemannische Schweiz, auf Elsaß-Lothringen ausdehnen würden. Hitler mochte betonen so oft er wollte, zwischen Frankreich und Deutschland bestünde nun keinerlei Streit mehr, sein Land verzichte endgültig auf die beiden Grenzprovinzen; zu gut erinnerte man sich noch der ebenso feierlichen Versprechungen, die der Führer seinerzeit Österreich und der Tschechoslowakei abgegeben und die er nicht gehalten hatte. Man kennt die Formulierung aus „Mein Kampf“...

Auch aus andern Erwägungen heraus begann man zu bedauern, daß man in München nachgegeben hatte. Deutschland „bluffte“, so versicherte man. Es wurde behauptet, Italien hätte es nicht unterstützt, die Sowjetunion hätte auf Frankreichs und Englands Seite eingegriffen, und die Drohung eines nach drei Fronten zu führenden Krieges und der Seeblockade hätten Hitler rasch zur Vernunft gebracht. Manche wollten sogar wissen, daß der Krieg nur um einige Monate verschoben sei, denn künftig würden die germanischen Ambitionen keine Grenzen mehr kennen; bald

würden Frankreich und England, um nicht ganz abdanken zu müssen und zu Vasallenstaaten herabzusinken, gezwungen sein, gemeinsam gegen den gefährlichen Nachbarn Front zu machen. Das tschechische Bollwerk ist dann allerdings nicht mehr; die tschechische Armee und die tschechischen Waffenfabriken werden verschwunden sein.

* * *

Die Morgenröte des europäischen Friedens schien für einen kurzen Augenblick am Himmel zu erglühen. Rasch wurde man sich aber darüber klar, daß dieses Morgenrot eher einem Abendglanze vor Einbruch der grauen Dämmerung glich. Frankreich kam zur Besinnung. Die Bangigkeit dieser Selbstfindung dauert noch an. Eine innere Umgestaltung geschieht, langsam vielleicht. Aber sie geschieht. Jedermann sagt sich: „Es muß anders werden, sonst sinkt unser Land zu einer Macht zweiter Ordnung herab. Vierzig Millionen Franzosen stehen achtzig Millionen Deutschen gegenüber, ohne die wirtschaftlichen Trabanten zu zählen, welche die Anziehungskraft dieses im Zentrum Europas gelagerten Blocks von allen Seiten anlocken wird.“

Und man stellt sich die Frage: „Entspricht unser politisches System den gegenwärtigen Anforderungen? F ü n f z i g K a b i n e t t e i n z w a n z i g J a h r e n! Muß der Kampf der Parteien, der die Uneinigkeit schürt, jetzt, wo die Eintracht gegen die Gefahr von außen unerläßlich ist, nicht aufhören?“ Man weiß, daß Hitler den Anschluß in dem Augenblick zu vollziehen wagte, als das Kabinett Chautemps demissioniert hatte, und daß Paris auf die verzweifelten Hilferufe aus Wien nicht antwortete, nicht antworten konnte. Sagen wir es ohne Umschweife: Frankreich zweifelt an der Wirksamkeit der demokratischen Regierungsform, so wie sie in unserer Zeit geübt wird. Es fühlt unklar, daß die Lage nicht durch gelehrten Parlamentarismus, durch politische Kombinationen und Kompromisse, welche die Verantwortlichkeiten zersplittern und auflösen, gerettet werden kann. Es ist notwendig, daß das Land arbeite, daß die Munitionsfabriken zu voller Leistungsfähigkeit gesteigert werden. Es ist notwendig, daß Ordnung und Disziplin herrschen und daß die Vereine, die politischen Komitees und die großen wirtschaftlichen und sozialen Verbände ihre schädigende Rolle im Leben des Landes nicht mehr spielen dürfen.

Die Wiederaufrichtung ist umso dringender wünschbar, als die finanzielle Lage unmittelbaren Maßnahmen ruft. Schon im Laufe des vergangenen Sommers war sie gefährdet, aber die Auslagen für die Mobilisation haben sie noch bedeutend verschlechtert. Und doch ist es notwendig, Rüstungsvermehrungen zu treffen. Geben uns nicht England und sogar die Vereinigten Staaten das Beispiel dazu?

Es ist auch notwendig, daß die Arbeit in unserem Lande wieder zu Ehren komme. Man spricht viel davon, das V i e r z i g s t u n d e n g e s e z „anzupassen“; aber die diesbezüglichen Versuche stoßen auf den Widerstand

der Arbeiter. Deutet das auf eine Autoritätskrise hin? Zweifellos ja. Aber gegenüber der deutschen Kraft muß sich die französische Kraft offenbaren, und ohne Autorität verpufft jede Kraft.

Der Ernst der Stunde hat die Regierung Daladier veranlaßt, die Kammern vor ihrer außerordentlichen Sitzung um Vollmachten bis zum 20. November, an welchem Tage das Parlament wieder zusammentreten wird, zu ersuchen; das sollte ihm ermöglichen, die Lage zu festigen. Aber er mußte sich verpflichten, nicht an die sozialen Gesetze zu rühren und die Devisenkontrolle nicht einzuführen. Man kann sich daher bloß fragen, auf welchem Wege er dem Staate die Geldmittel beschaffen will, die er dringend benötigt, um eine kräftigere Arbeitsbelegung hervorzurufen.

Immer wenn die Verhältnisse ernst werden, verlangt die Regierung vom Parlament Vollmachten zu selbständigem Handeln. Zahlreich sind die Franzosen, die sich schließlich fragen, wozu ein Parlament vorhanden ist, wenn man im Momente, wo rasch und gut gehandelt werden soll, jedesmal lieber auf seine Mithilfe verzichtet.

Trotz dem Ansehen, das Herr Daladier nach den Münchner Vereinbarungen genoß, hat er nun einer Einschränkung seiner Vollmachten zustimmen müssen, die er gehofft hatte, bis zum Jahresende ausüben zu können. Und bisher hat er davon überhaupt noch keinen Gebrauch gemacht. Es verlautet, daß er intensiv an einem Plan der Wiederaufrichtung arbeite, aber dieser Plan wird erst nach den Senatswahlen des kommenden Sonntags und dem Kongreß der radikalen Partei, der sich daran anschließen wird, bekanntgegeben werden. Es gibt Leute, die sich über diese Langsamkeit wundern und dem Ministerpräsidenten vorwerfen, er beschwere sich mit zu vielen politischen Strupeln. Sie bedauern gar, daß Herr Daladier nicht seinen persönlichen Einfluß dazu benützt habe, in einem Plebiszit seine Politik durch eine Auflösung der Kammer und neue Wahlen bestätigen zu lassen. Der Gedanke einer Auflösung wird nicht einmal von den Sozialisten und den Kommunisten zurückgewiesen, unter dem Vorbehalt allerdings, daß die Neuwahlen nach dem Proporzsystem geschehen.

Der Alarm von Ende September wird auf jeden Fall den definitiven Bruch der Volksfront herbeiführen. Die Radikalsozialisten haben offiziell dem Kommunismus eine Absage erteilt. Die schwere Belastung, welche die Freunde Moskaus der französischen Politik auferlegt hatten, ist auf immer aufgehoben. Wir hoffen das wenigstens. Was werden die Sozialisten tun? Werden auch sie mit den kommunistischen „Brüdern“ brechen, oder werden sie sich bemühen, eine Volksfront ohne die Radikalsozialisten wieder herzustellen?

Auf jeden Fall ist die Partei Moskaus nicht zufrieden. Nachdem die Regierung sich entschlossen hat, mit Strenge gegen die Aufrührer vorzugehen, und in Lyon nach den Ausschreitungen streikender Arbeiter gegen Nichtstreikende, bei denen auch Menschen umkamen, den Sekretär eines Syndikates festnehmen ließ, trachten die Kommunisten, neue Streikbewegungen

anzufachen. Aber die Arbeiter werden nachgerade dieses fortgesetzten Streikens müde. Im Schoße der C. G. T. dauert der dumpfe Kampf zwischen reinen Syndikalisten und Kommunisten weiter, und Herr Jouhaux mußte nach seiner Rückkehr aus Mexiko seinen ganzen Einfluß aufwenden, um die Einigkeit wieder herzustellen.

Es scheint übrigens, als ob die kommunistische Partei an Ansehen bei der Masse verloren hätte. Während der letzten Ereignisse hatte sie sich als Vorkämpferin einer kriegerischen Auseinandersetzung aufgeworfen, und diese so unerwartete Haltung einer noch vor kurzem fanatisch antimilitaristischen Partei hat ihr viele Arbeitersympathien entfremdet.

Übrigens hat die Frage: Krieg oder Frieden? nicht nur bei den Kommunisten zu tiefgehender Uneinigkeit geführt. Die gleiche Erscheinung zeigt sich auch bei den Sozialisten. Der Kriegstreiber Zyromski ist mit dem Pazifisten Paul Faure zusammengestoßen. Hier bemüht sich Léon Blum, die Einigkeit wieder herzustellen — wird sie echt sein?

Die Volksfront ist tot. Auf welche Mehrheit wird sich Herr Daladier stützen, um zu regieren? Man fragt es sich. Werden die Gemäßigten sich den Radikalen anschließen, um ihn zu stützen? Leihen ihm die Sozialisten ihre Unterstützung, oder kehren sie mit den Kommunisten, die ihnen bei der Abstimmung vom 4. Oktober den Weg gewiesen hatten, in die Opposition zurück? Das ist das Geheimnis von morgen; auch bleibt die Frage offen, in welcher Weise das Kabinett seine Vollmachten benützen wird.

Zusehends wächst im Lande der Wunsch, einen Ausweg aus dem politischen Sumpf zu finden. Das Manifest, in welchem kürzlich die Frontkämpfer die Bildung eines Ministeriums der öffentlichen Wohlfahrt verlangten, das über den Parteien und den politischen Intrigen stehen sollte, zeugt beredt von diesem Wunsche. Alle fühlen es: das Vaterland ist in Gefahr. Es wird dieser Gefahr aber nicht entgentreten können, wenn nicht die Franzosen ihre inneren Händel vergessen und allem voran den vaterländischen Gedanken, die nationale Wiederaufrichtung, das Wohl des ganzen Volkes stellen.

Das Ende der Beneschzeit.

Von Hektor Ammann.

Daß die Schweiz dem neuen europäischen Erdrutsch etwa mit besonders gutem sachlichem Verständnis begegnet sei und dementsprechend die treibenden Kräfte richtig eingeschätzt habe, wird man beim besten Willen nicht behaupten können. Abgesehen von einer immerhin respektablen Anzahl von Stimmen in der Öffentlichkeit, die sich über die Verhältnisse in